

Stv.-Versammlung	
Fing: H. Schultheiß	
Stv.-Vorst.	Büro

DIE LINKE.

Fraktion Neu-Isenburg

in der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus

Hugenottenallee 53
63263 Neu-Isenburg

DieLinke.Fraktion@stadt-neu-
isenburg.de

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Christine Wagner
Rathaus
Neu-Isenburg

Neu-Isenburg, den 21.02.2016

Sozialquote beim Wohnungsbau - Wohnungsmarkt entspannen und Brennpunkte verhindern
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- 1) in allen noch nicht rechtsgültigen Bebauungsplänen, die Wohnbauflächen vorsehen, 30 % der Fläche gemäß § 9 Abs. (1) Punkt 7 BauGB für geförderten Wohnungsbau festzusetzen.
- 2) die städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau anzuweisen, bei allen Neubauvorhaben 30 % der Wohnungen mit einer Mietpreisbindung vorzusehen.
- 3) über städtebauliche Verträge mit privaten Bauherren eine 30 %-Quote für Wohnungsbau mit Mietpreisbindung zu gewährleisten.

Begründung:

Durch eine Sozialquote kann beim Bau von Wohnungen durch öffentliche und private Investoren abgesichert werden, dass auch im bezahlbaren Segment Wohnungen entstehen.

In Bremen wurde diese Quote bereits 2013 eingeführt und verpflichtete beim Verkauf von städtischen Grundstücken oder der Schaffung von neuem Baurecht, dass in einem ersten Schritt 700 neue Sozialwohnungen entstehen. Von den 700 zu fördernden Wohneinheiten waren nach einem Jahr (2014) bereits 650 Förderkontingente durch Anträge und Ausschreibungen vergeben und erste Grundsteinlegungen erfolgt.

Durch die Einführung von Sozialquoten können Investor_innen an ihre soziale Verpflichtung durch Eigentum und Kapital gebunden werden. Auch Frankfurt, Marburg, Münster, Freiburg, Regensburg, Ulm, Stuttgart, München, Düsseldorf, Hamburg und Berlin und viele weitere Städte haben diese Möglichkeit bereits ergriffen.

Sie bietet darüber hinaus die Möglichkeit der Entstehung sozialer Brennpunkte in Neu-Isenburg entgegen zu wirken, da durch diese Quote im gesamten Stadtraum bezahlbarer Wohnraum entstehen wird. Die Quote hat den Vorteil, dass nicht nur über staatliche Zuschüsse bezahlbarer Wohnraum entsteht, sondern etwa durch Mietpreis- und Belegungsbindung private Investoren ihren Beitrag leisten.

Für die Fraktion DIE LINKE
Fraktionsvorsitzender



Edgar Schultheiß